



Antrag auf Übernahme von Fahrtkosten durch die Stadt Mainz, Sekundarstufe II, Schuljahr 2017/2018

Hinweis: Diesen Antrag bitte umgehend an die Schule zurückgeben!
Bitte in Druckbuchstaben leserlich ausfüllen und Zutreffendes ankreuzen

Datum	Schulstempel

1. Angaben über den Hauptwohnsitz der Schülerin/des Schülers, für die/den Fahrtkostenübernahme beantragt wird

Wurde bereits ein Antrag auf Fahrtkostenübernahme gestellt:		
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, für Schule:		
Name Vorname	Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich
Straße Hausnummer	PLZ	Ort

2. Angaben über Erziehungsberechtigte

<input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau: Name Vorname		
Personensorgerecht: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gemeinsamer Haushalt mit dem Kind: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Einkommen: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau: Name Vorname		
Personensorgerecht: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gemeinsamer Haushalt mit dem Kind: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Einkommen: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Partner/in des Elternteils, der mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt wohnt:		
Name Vorname		Einkommen: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Für wie viele Kinder erhalten Sie zurzeit Kindergeld?		
Telefon-Nr. tagsüber. (bitte immer angeben):		

3. Angaben über den Schulbesuch zum neuen Schuljahr 2017/2018

Name der Schule	Schulstandort
Schulart:	
<input type="checkbox"/> Integrierte Gesamtschule,	Klassenstufe: 11 <input type="checkbox"/> 12 <input type="checkbox"/> 13 <input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Gymnasium,	Klassenstufe: 11 <input type="checkbox"/> 12 <input type="checkbox"/> 13 <input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Fachoberschule Realschule Plus,	Klassenstufe: 11 <input type="checkbox"/> 12 <input type="checkbox"/> , Fachrichtung _____
<input type="checkbox"/> Berufsbildende Schule (BBS):	
<input type="checkbox"/> Höhere Berufsfachschule,	Bildungsgang: _____
<input type="checkbox"/> die Berufsoberschule I,	Bildungsgang: _____
<input type="checkbox"/> die Berufsoberschule II,	Bildungsgang: _____
<input type="checkbox"/> das Berufliche Gymnasium,	Klassenstufe: 11 <input type="checkbox"/> 12 <input type="checkbox"/> 13 <input type="checkbox"/> , Fachrichtung _____
Welche Schulform besuchten Sie im Schuljahr 2016/2017: _____ Klasse: _____	
(z.B. IGS, Realschule, Gymnasium) Bitte eine Kopie des letzten Zeugnisses beifügen.	



Grundsätzlich ist die Fahrtkostenübernahme in der Sekundarstufe II einkommensabhängig für Schüler/innen der Gymnasien, der Integrierten Gesamtschulen, der Fachoberschule, der Höheren Berufsfachschule, der Berufsoberschule I, der Berufsoberschule II und des Beruflichen Gymnasiums.

4. Die Fahrtkostenübernahme erfolgt gemäß § 69 Schulgesetz Rheinland-Pfalz, § 33 Privatschulgesetz Rheinland-Pfalz und der Satzung der Stadt Mainz über die Schülerbeförderung.
Fahrtkosten werden nur bis zur nächstgelegenen Schule der gewählten Schulart übernommen, wenn der Schulweg länger als 4 Kilometer oder besonders gefährlich ist.
Sofern ein Anspruch auf Fahrtkostenübernahme vorliegt, erfolgt diese im Rahmen der nachträglichen Erstattung. Wir bitten Sie, die Jahreskarte direkt bei der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) bzw. dem Rhein-Nahe-Nahverkehrsverbund (RNN) zu bestellen. Diese werden nach Ablauf der Gültigkeit über die Schule zur Abrechnung beim Schulamt eingereicht. Hiervon wird ein monatlicher Eigenanteil in Höhe von derzeit 25,72 € einbehalten. Eine Erstattung ist jeweils zum 01.02. und 01.08. vorgesehen.
Der Antrag auf Fahrtkostenübernahme ist jährlich über die besuchte Schule zu stellen.

5. Geschwister (der Eigenanteil ist für höchstens 2 Schülerinnen/Schüler zu zahlen)

Machen Sie hier bitte Angaben über weitere Schüler/innen ihrer Familie, für die Sie ebenfalls Fahrtkosten beantragt haben.

Vorname	Name der Schule Schulort	Klassenstufe	im Schuljahr
Vorname	Name der Schule Schulort	Klassenstufe	im Schuljahr
Vorname	Name der Schule Schulort	Klassenstufe	im Schuljahr
Vorname	Name der Schule Schulort	Klassenstufe	im Schuljahr

6. Erlass Eigenanteil

Der Eigenanteil wird erlassen, wenn die Personensorgeberechtigten oder der/die Schüler/in laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII oder die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (Arbeitslosengeld II) erhalten. Ein Erlass erfolgt nicht, wenn zum Arbeitslosengeld II Zuschläge gemäß § 24 SGB II gewährt werden.



Hinweise zu Einkommensgrenzen

Für Schüler/innen der Sekundarstufe II (Klassenstufe 11 – 13) der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Fachoberschule Realschule plus und der Berufsbildenden Schulen werden die Fahrtkosten abzüglich Eigenanteil übernommen,

1. wenn sie im Haushalt beider **unterhaltspflichtiger** Personensorgeberechtigten leben und das Einkommen der Personensorgeberechtigten und ihr eigenes **Einkommen 26.500,- Euro** zuzüglich **3.750,- Euro** für jedes weitere Kind, für das ein unterhaltspflichtiger Personensorgeberechtigter Kindergeld oder vergleichbare Leistungen erhält, oder
2. wenn sie im Haushalt eines **unterhaltspflichtigen** Personensorgeberechtigten leben und das Einkommen des Personensorgeberechtigten und ihr eigenes **Einkommen 22.750,- Euro** zuzüglich **3.750,- Euro** für jedes weitere Kind, für das dieser Personensorgeberechtigte Kindergeld oder vergleichbare Leistungen erhält oder
3. wenn sie im Haushalt eines **unterhaltspflichtigen** Personensorgeberechtigten leben, der mit einer Partnerin oder einem Partner im Sinne des § 7 Abs.3 Nr. 3 und Abs. 3a SGB II zusammen lebt, wenn das Einkommen des Personensorgeberechtigten, der Partnerin oder des Partners und ihr eigenes **Einkommen 26.500,- Euro** zuzüglich **3.750,- Euro** für jedes weitere Kind, für das dieser Personensorgeberechtigte oder seine Partnerin oder sein Partner Kindergeld oder vergleichbare Leistungen erhält, oder
4. wenn sie nicht im Haushalt eines unterhaltspflichtigen Personensorgeberechtigten leben, wenn ihr eigenes Einkommen und das Einkommen des oder der unterhaltspflichtigen Personensorgeberechtigten, in dessen oder deren Haushalt sie zuletzt gelebt, die entsprechenden Einkommen nach Nummer 1 und 2 unterschreiten oder
5. wenn sie im Rahmen einer Maßnahme nach § 27 SGB VIII i.V.m. § 33 SGB VIII in einer anderen Familie leben oder nach § 27 SGB VIII i.V.m. § 34 SGB VIII in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform leben, wenn ihr eigenes Einkommen 19.000,- Euro

unterschreitet.

Die oben genannten Bestimmungen gelten für volljährige Schülerinnen und Schüler mit der Maßgabe, dass an die Stelle der oder des unterhaltspflichtigen Personensorgeberechtigten die unterhaltspflichtigen Elternteile treten; für verheiratete Schülerinnen und Schüler tritt an die Stelle des oder der unterhaltspflichtigen Personensorgeberechtigten der Ehegatte, bei Schülerinnen und Schülern, die sich in einer Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz befinden, die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner.

Maßgebend sind die Einkommensverhältnisse des vorletzten Kalenderjahres (Steuerbescheid von 2015).

Liegt das Einkommen im letzten Jahr (2016) oder im Jahr der Antragstellung wesentlich unter der vorgegebenen Einkommensgrenze, ist auf Antrag das niedrigere Einkommen maßgebend. Machen Sie in diesem Fall in dem Antrag einen entsprechenden Hinweis und fügen Sie geeignete Belege bei, aus datenschutzrechtlichen Gründen bitte in einem geschlossenen Umschlag.

Bei **Überschreiten** der oben genannten Einkommensgrenzen besteht für diese Schüler/innen **kein** Anspruch auf eine Fahrtkostenerstattung.

Was gilt als Einkommen?

Als Einkommen gilt die Summe der positiven Einkünfte (i.d.R. das Bruttoeinkommen) im Sinne des § 2 Abs. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes (EStG). Ein Ausgleich mit Verlusten in einzelnen Einkunftsarten oder mit Verlusten des Ehegatten ist nicht zulässig. Soweit eine Veranlagung zur Einkommensteuer nicht erfolgt, ist der Bruttobetrag des Jahresarbeitslohnes abzüglich der Werbungskosten, mindestens jedoch des Arbeitnehmerpauschbetrages, maßgeblich. Liegt das Einkommen im letzten Jahr oder zur Zeit der Antragstellung wesentlich darunter, ist auf Antrag das niedrigere Einkommen maßgebend. Machen Sie in diesem Fall in dem Antrag einen entsprechenden Hinweis und fügen Sie geeignete Belege bei. Ferner vermindert sich die Summe der Einkünfte ggf. um den Altersentlastungsbetrag, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende sowie bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft um den Abzug nach §13 Abs 3 EStG. Sonderausgaben sowie außergewöhnliche Belastungen i.S.d EStG können dagegen nicht in Abzug gebracht werden.



Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass in den Fällen, in denen die Anträge erst während der Ferien oder noch später beim Schulamt eingehen, mit längeren Bearbeitungszeiten gerechnet werden muss, wobei eine rückwirkende Übernahme der entstandenen Fahrtkosten nicht möglich ist.

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und die Fahrtkosten nicht bereits aus anderen öffentlichen Mitteln erstattet werden.

Ich verpflichte mich, bei einer Änderung der in diesem Antrag gemachten Angaben (z. B. bei einem Wechsel der Schule, des Schulstandortes, der Wohnung oder des Verkehrsmittels oder beim Hinzukommen oder Ausscheiden von Geschwistern) einen neuen Antrag zu stellen.

Mir ist bekannt, dass unrichtige Angaben strafrechtlich verfolgt werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden sowie der Widerruf der Fahrtkostenübernahme vorbehalten bleibt, insbesondere bei Wegfall oder Änderung der Voraussetzungen, die der Bewilligung zugrunde lagen, oder für den Fall, dass die Gefährlichkeit des Schulwegs entfällt bzw. nachträglich neue Tatsachen eintreten, die berechtigt hätten, die Fahrtkostenübernahme zu versagen; dies gilt auch, wenn die besondere Gefährlichkeit des Schulweges auf Grund des höheren Lebensalters des Schülers nicht mehr gegeben ist.

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass die Angaben im Antrag nach § 67 Schulgesetz gespeichert werden, solange sie für die Fahrtkostenübernahme benötigt werden. Ich bin damit einverstanden, dass notwendige Angaben über mein Einkommen beim zuständigen Finanzamt oder beim Arbeitgeber überprüft werden können.

7. Mein/unser Einkommen liegt unterhalb der maßgeblichen Einkommensgrenze

- Ja, Folgende Belege sind beigefügt**
- Einkommensteuerbescheid 2015
 - Einkommensteuerbescheid 2015 des Lebenspartners/Lebenspartnerin
 - Einkommensnachweis der volljährigen Schülerin/des volljährigen Schülers 2015
 - Bescheinigung Kindergeld (aktueller Kontoauszug)
 - aktueller Bescheid über die Bewilligung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII oder die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (Arbeitslosengeld II) inklusive Berechnungsbögen
 - Nachweis über Ehegattenunterhalt

Ort | Datum

Unterschrift der/des Personensorgeberechtigten

Bei unvollständigen Angaben und/oder fehlenden Unterlagen kann der Antrag nicht bearbeitet werden.